

SPD Sozialdemokratischer PRESSEDIENST

Verlag und Redaktion:
Hannover, Georgstr. 31

spd/III/21

Hannover, 16. Februar 48

Die alte und die neue Sprache

R.B. "Wir haben damals in Locarno eine neue Sprache, die europäische Sprache gesprochen. Wird das deutsche Volk das verstehen? Ich glaube es, denn das deutsche Volk ist ein grosses Volk. Frankreich, das stets in der Vorhut des Fortschrittes marschiert, sollte sich jetzt hinter seinem Siege verstecken, mit mürrischen, finsternen Augen und trüben Blicken?", rief Briand in der Sitzung der französischen Kammer am 26. Februar 1926 aus. Leider vergass man auf beiden, also auch auf deutscher Seite im Laufe der folgenden Jahre die eben erst erlernte Sprache von neuem.

Auch Bidault erklärte kürzlich vor der französischen Nationalversammlung, Frankreich wolle etwas völlig Neues, doch hören wir bei ehrlichster Bemühen nur die Vokabeln einer Sprache, die wir nicht verstehen. Bidault, einst Professor für Geschichte, ist vielleicht besser als mancher seiner Vorgänger geeignet, darüber nachzusinnen, welche seit mehr als elfhundert Jahren die Ursachen der Sprachverwirrung beider Völker sind, die heute berufen wären, Bedeutungsvolles zum Frieden der Welt und Europas gemeinsam beizutragen. Als an jenem unglückseligen Tage des Jahres 843 der Vertrag von Verdun unterzeichnet wurde, mögen Ludwig der Deutsche, Karl der Kette und Lothar von Lothringen aufgetatmet haben, die Völker aber, die man damals auseinander riss, haben in den folgenden 1100 Jahren mit einem Meer von Blut und Tränen für diesen unheilvollen Schritt zahlen müssen. Seit jenem Zeitpunkt haben sich in beiden Ländern kaum Staatsmänner gefunden, die einst bestandene Einheit wieder herzustellen.

Wenn nun auf der bevorstehenden Dreimächte-Konferenz der Versuch gemacht werden soll, aus der Bi-Zone eine Tri-Zone werden zu lassen, so wird es an der staatsmännischen Weisheit der Franzosen liegen, daran Bedingungen zu knüpfen, die die elfhundertjährige Bürde wechselseitiger Missverständnisse und Ubel Taten nicht noch mehr belasten.

Der aussenpolitische Ausschuss des amerikanischen Senates und auch der Ausschuss für europäische Hilfe haben angedeutet, welche Sprache die vernünftige ist, indem sie sich gegen eine politische

Loslösung der Ruhr und des Rheinlandes wandten. Nachdem der Osten Deutschlands gewaltsam und ohne Einsicht in die Dynamik solcher Ereignisse abgetrennt wurde, sollte jegliche Politik der unerfüllbaren Bedingungen von den Mächten, die den westlichen, den fortschrittlichen Geist vertreten, vermieden werden. In der kurzen Fassung, die von der Bidault-Rede übermittelt worden ist, klingen die Bedingungen Frankreichs für eine Eingliederung Deutschlands in eine westeuropäische Union besonders hart und es scheint uns nicht, dass sie von dem europäischen, den nationalen Aspirationen übergeordneten Geist getragen sind, der die Bevin'sche Initiative auszeichnete. Zeitlich unbegrenzte militärische Besetzung des Rheinlandes, Verbot "gewisser" Industrien und internationale Verwaltung der Ruhr, dürften eher Garantien einer ständigen europäischen Unsicherheit als Pfeiler des französischen Sicherheitsverlangens sein. Es gibt sicher andere, wirksamere Mittel, um dem Sicherheitsbedürfnis Frankreichs zu entsprechen, ohne dass damit eine lebenslängliche Beschränkung vitalster deutscher Rechte verbunden ist.

Auf uns Deutsche besitzt der französische Geist die grösste Anziehungskraft. Politiker und Staatsmänner haben es jedoch seit Jahrhunderten verhindert, dass wir längst wieder dieselbe Sprache sprechen. Wie Frankreich ist auch Deutschland ein Teil Europas und es sieht trotz der zwölf vergangenen Jahre seine Mission ebenfalls in der Schaffung einer europäischen Einheit.

Etwas wirklich Neues, etwas was aus dem Dunst der Massenworte herausragt, war deshalb nur in dem Vorschlag Churchills zu sehen, der allen Ernstes verlangte, Frankreich und Deutschland sollten ein Bündnis schliessen und die Vergangenheit begraben. So wenig realisierbar dies im Augenblick auch ist, so sehr ist es tatsächlich die Basis einer echten neuen Sprache zwischen den beiden Völkern. Das wirklich Neue besteht eben darin, das Alte zu überwinden, in diesem Falle Vertrauen, Hilfe und Verständnis geben und nehmen. (p/BG/162/2/ha)

Die Schweiz im West-Ost-Gegensatz

O.Z. Zürich, im Februar

Bei der Eröffnung der Debatte zum "Bevin-Plan" verlangte Churchill "Einbeziehung der Schweiz in die Verhandlungen über eine Westeuropäische Union". Wie ein Pistolenschuss wirkte diese Erwähnung im Bundeshaus in Bern. Das erste und hörbar tiefe Luftholen nach diesem Schock war eine unmissverständliche Demonstration an die Adresse des "grossen Freundes": Die Absendung einer Delegation für einen schweizerisch-sowjetischen Handelsvertrag nach Moskau. Nachdem man dann lesen konnte, dass diese Delegation aufmerksam am Moskauer Bahnhof begrüsst worden ist, liessen aussenpolitische Kommentatoren sich zur Churchill-Einladung vernehmen, dass von einem "moralischen Druck" nicht die Rede war und dass mit der in der ersten Agentur-Meldung angeblich unter den Tisch gefallenen Einschränkung "wenn die Schweiz es wünscht", auch klar gestellt worden sei, "dass alles von unserer eigener Initiative abhängt."

14. Februar 1948

Wie ein Stein im Teich haben diese Vorgänge die Problematik der schweizerischen Stellung im "kalten Krieg" aufgewirbelt. Das Missbehagen der Eidgenossen begann, als von Washington her die Schweiz unvorhergesehen in der Quotenverteilung des Marshall-Planes aufgeführt wurde. Schon auf der Pariser Konferenz im Juli 1947 hatte die Schweiz auf ihren "Grundsatz der immerwährenden Neutralität" hingewiesen und erklärt, dass sie mit jedem Lande, ganz gleich welchem System, jede mögliche Art von Beziehungen aufrechtzuerhalten wünsche. Nun distanzierte man sich vom Marshall-Plan als "keiner Hilfe bedürftig". In diesem Zusammenhang wurden die Handelsvertragsabschlüsse und -verhandlungen mit den ost- und südosteuropäischen Staaten und darunter auch mit der deutschen Ostzone gefördert, so dass nun schon in das Einflussgebiet des "Molotow-Planes" ein verzweigtes Handelsvertragsnetz hineinreicht und ein reger Güteraus-tausch der Schweiz mit diesen Ländern sich vollzieht. Und es unterliegt gar keinem Zweifel, dass die gegenwärtigen Moskauer Verhandlungen trotz naturgegebener Schwierigkeiten unter Dach und Fach kommen werden. Während die britisch-schweizerischen Wirtschaftsverhandlungen schon bis zur Ausarbeitung eines "umfassenden Abkommens über alle zur Diskussion stehen-den Fragen" gediehen sind.

Die "Sonderstellung" der Schweiz im Grossmächtegetriebe ist so in der Tat mehr als eine Phrase für den Eidgenossen, so sehr er sich auch über den wirklichen Wert und eine zukünftige Gültigkeit des "Grundsatzes der immerwährenden Neutralität" Gedanken und einige Sorgen machen muss. Von Handelsinteressen geleitet, gibt es eine einflussreiche, im Wirt-schaftsleben des Landes weithin verästelte Bürgerschaft, die den Bund mehr auf der Linie der "grossen Schwesterrepublik" und mindestens eng den von Churchill geforderten "Vereinigten Staaten von Europa" verbun-den sehen möchte. Im Intelligenzbürgertum orientiert sich die Stellung-nahme zu diesem Problem an Jakob Burckharóts Ideen vom "Kleinstaat und seiner Mission"; gepaart mit einem durch die Vergewaltigungspraktiken des Faschismus entfachten, aus gewissen Nachkriegsvorkommnissen unent-wegst lebendigen Misstrauen, ja Besorgnis gegenüber den Grenzen, oder besser: den Nichtgrenzen der Grossmächtepolitik oder -appetite. Für die Sozialdemokratische Partei aber verquicken sich diese Probleme mit denen der internationalen Arbeiterbewegung. Die Stellungnahme des SPB ist be-kannt als zurückhaltend und von taktischen Überlegungen geleitet gegen-über dem Marshall-Plan und mehr noch gegenüber einer "Westeuropäischen Union". Im übrigen wird sich der Berner Parteitag im April mit diesen bedeutungsvollen Problemen befassen. (b/Alo2/1o2/2/he)

Benelux und die deutsche Frage

v.S. Amsterdam, im Februar

Holland, Belgien und Luxemburg haben den Bevin-Plan mit aufrichti-ger Sympathie begrüsst. Das Missglücken der Londoner Konferenz aber, wo-nit die Grossmächte ihre Ohnmacht bewiesen haben, zu einer Verständigung über den Friedensvertrag mit Deutschland zu kommen, hat die drei Länder veranlasst, nachdrücklichst zu erklären, dass sie zwar zu einer Zusam-menarbeit im Sinne des Bevin-Planes bereit seien, aber zugleich das Recht beanspruchen müssten, an der Diskussion über das deutsche Problem teilzu-nehmen, das mit der Konsolidierung Westeuropas untrennbar verbunden sei.

"Es ist schwer, von den Beneluxstaaten zu erwarten", bemerkte in diesem Zusammenhang ein führendes holländisches Wochenblatt, "dass sie sich von London und Paris vorschreiben lassen, was im Hinblick auf Deutschland zu geschehen habe, nachdem sie selbst aus eigener Kraft ein Beispiel für den Wiederaufbau von Europa gegeben haben."

Diese entschiedene Haltung scheint, wie sich inzwischen gezeigt hat, ihre Wirkung nicht zu verfehlen. Bereits auf der Botschafterkonferenz, die am 19. Februar in London stattfindet, sollen die Benelux-Staaten durch ihre drei Botschafter oder durch einen gemeinsamen Sprecher vertreten sein. In offiziellen Kreisen in den Haag wird dieser Erfolg mit Genugtuung zur Kenntnis genommen. Eine Verständigung in der deutschen Frage, die von den Beneluxstaaten als Vorbedingung für die Zusammenarbeit der westeuropäischen Länder angesehen wird, eröffne, wie man in massgebender holländischen Kreisen erklärt, alle Aussichten, Deutschland in Zukunft so zu behandeln, zu verwalten und in den Wiederaufbau der Produktion Westeuropas einzuschalten, dass die Möglichkeit einer deutschen Gefahr nicht mehr bestehen dürfte. Mit der lebenswichtigen Produktion seines Ruhrgebietes könnte Westdeutschland, so meint man hier, über kurz oder lang einen gleichberechtigten Platz im Rahmen des Marshallplanes einnehmen und allmählich auch zur politischen Mitarbeit auf Grund des Bevinplanes herangezogen werden, der ja schliesslich nur als logische Folge des Marshallplanes anzusehen sei.

Das Bündnis von Dünkirchen, schreibt das grosse Amsterdamer Blatt "Het Parool", war als Schutz für Europa vor einer neuen deutschen Gefahr gedacht. Zweifellos ein verständlicher Wunsch unmittelbar nach dem zweiten Weltkrieg, der jedoch heute im Hinblick auf das verwüstete und besetzte Land kaum noch Berechtigung hat, während die grosse Gefahr jetzt aus einem östlichen gelegenen Teil Europas kommt. Eine Gefahr, die nicht nur die Einheit Europas, sondern auch seine Produktionskraft bedroht. (b/162/481/2/46)

Der nicht gegessene Hut oder der konsequente NWDR

Unsere Zeit ist kurzlebig: Man vergisst sehr leicht, aber nicht alle sind vergesslich. Wir nicht zum Beispiel. Wir erinnern uns noch sehr gut der Rede, die Mr. Greene, der heutige Generaldirektor des NWDR, damals gehalten hatte. Damals, als wir vor einem halben Jahr darauf hinwiesen, dass Naziaktivisten im NWDR nicht förderlich für den Aufbau einer Demokratie seien. Es hatten sich bei der Aufdeckung von Fragebogenfälschungen in der Tat damals einige leitende Angehörige des NWDR als solche - man kann nicht anders sagen - Naziaktivisten erwiesen. Mr. Greene hatte dann in der erwähnten Rede eine Lanze für seine ehemaligen Mitarbeiter gebrochen, von denen er sich nur schweren Herzens zu trennen schien. Seine Rede hatte in dem Ausspruch gegipfelt, den wir wörtlich in Erinnerung bringen möchten: "Wenn der Nordwestdeutsche Rundfunk irgendwelche antidemokratische Nazi-Propaganda getrieben hat, dann werde ich, wie man in England sagt, meinen Hut essen."

Nun, das "Hamburger Echo" hatte ihm empfohlen, dies zu tun. Das war am 20. Juni 1947. In der ersten Jahreshälfte 1948 legte uns Mr. Greene

18. Februar 1948

das endliche Ergebnis der damals begonnenen Untersuchung über Fragebogenfälschungen vor. Es enthält die Feststellung, dass mehr als ein Dutzend Angehöriger des NWDR ihre Fragebogen gefälscht und sich mehr oder minder als Nationalsozialistenentpuppt hatten, abgesehen von einer Reihe anderer Angestellter, die, da sie rechtzeitig selbst eine Beichte ablegten, im Dienste des NWDR bleiben durften. Unsere Behauptungen haben sich also bestätigt. Wir hatten inzwischen Gelegenheit, mehrfach auch im Rahmen des Zonenbeirats, darauf hinzuweisen, dass der Geist des NWDR, der namentlich in den kabarettistischen Sendungen zum Ausdruck kommt, einen reichlich antidemokratischen Charakter trägt. Dieser Hinweis ist auch von anderen Parteien unterstützt worden. Wir kommen daher zu dem Schluss, dass zwischen den im Rundfunk gefuldeten "wertvollen Mitarbeitern" und dem Geist dieser Sendungen ein inniger Zusammenhang besteht, und wir stellen die Frage, ob nun der NWDR endlich seine Konsequenzen ziehen wird. Sind eigentlich jene "wertvollen Mitarbeiter" oder sind die Parteien die antidemokratischen Faktoren? Welchem von beiden sollte man beim Aufbau einer Demokratie den Vorzug geben? Wenn der Hut nicht gegessen wird, so werden wir die Konsequenzen ziehen. P.
(b/162/2/he)

Altbayer Fischbacher unter den Franken

sp. Herr Exdirektor Fischbacher, seines Zeichens Vorsitzender der Bayernpartei, hat unter Beweis gestellt, dass er durchaus nicht so intolerant ist, wie es nach seinen Kundgebungen in Altbayern den Anschein hat. In der Annahme, dass es nicht nur in Oberbayern Dumme gibt, die seinem bajuwrischen Chauvinismus erliegen, hat er nun seinem altbayerischen Herzen einen Stoss gegeben und seine Fühler bei den Franken ausgestreckt. Das ist eine bemerkenswerte Wandlung, denn was ein waschechter Bayer ist, für den beginnt Preussen bereits eine Bahnstation nördlich von München. Zwar lebt man mit den Franken schon mehrere Jahrhunderte "im gemeinsamen Staat", sie haben auch im Bierkasum, als es noch zu konsumieren gab, bewiesen, dass sie durchaus Heimatrecht im Reich des bayerischen Löwen geniessen, ausserdem sind sie, weil sie eine hochentwickelte Industrie haben, wesentlich steuorkräftiger als Oberbayern, also ziemlich unentbehrlich für den "gemeinsamen Staat", aber, ehrlich gesagt, durch Sprache, Sitten und Gebräuche gehören sie eigentlich zu dem Bereich, der eine Station nördlich von München beginnt. Ausserdem waren bei den Franken schon immer, das hat bereits Ludwig Thoma festgestellt, die Sozialdemokraten zu Hause. Sie sind, aus Alt-Ötting gesehen, zumindest "halbe Preussen". Aber, Wahlen stehen vor der Tür, zudem sind die die Aussichten, den altbayerischen Bestand der CSU zu schlucken, für die Bayernpartei gestiegen. Warum sollte man es also nicht auch unter den Franken versuchen?

Also begab sich Herr Fischbacher nach Bamberg. Er versicherte den Bambergern, daß die Franken längst "in den einheitlichen Staat" übergegangen seien, es hindere sie also nichts mehr, ihr Heil bei der Bayernpartei zu suchen. Um diese Parole zugkräftiger zu gestalten, verzierte

Fischbacher sie mit der nun nicht mehr neuen Forderung "Preussen hinaus", mit der Einschränkung, dass einige tüchtige Leute, die man für den Wiederaufbau des Staates brauche, hier bleiben könnten. Wohlweislich hatte Fischbacher sich vor seiner Reise vergewissert, dass Bamberg stärker mit Flüchtlingen durchsetzt ist als die meisten bayerischen Städte. Diesen Flüchtlingen versprach er das Heimatrecht in Bayern, wenn sie sich einfügten, was wohl heissen soll, wenn sie ihre Stimmen der Bayernpartei geben.

Polizei musste mehrmals eingreifen, um zu verhindern, dass die Versammlung in eine altbayerische Kirchweih-Rauferei ausartete.

Christa Winsloe †

O.2. Wir lesen im "Volkerecht", dem Zürcher sozialdemokratischen Organ: Im Vorjahre wurde bekannt, dass die deutsche Dichterin Christa Winsloe, deren bekannter Roman "Mädchen in Uniform" auch verfilmt worden ist, mit ihrer Freundin, der schweizerischen Romanschriftstellerin Simone Genet, am 10. Juni 1944 in Frankreich ermordet worden ist. Auf der Suche nach den Tätern und deren Motiven deckte die "Neue Volkszeitung" New York grauenvolle Geschehnisse im Anschluss an die Befreiung Südfrankreichs auf.

Ein Offizier der 7. Armee, die damals an der Mittelmeerküste gelandet war, erzählte in der Zeitschrift "American Mercury", dass nach der Befreiung Südfrankreichs Tausende zweifelhafter Gestalten zu den Wahnern der Untergrundbewegung geeilt waren, Kriminelle, verwahrloste Jugendliche und politische Abenteurer. Aus diesem Menschenmaterial hatten französische Kommunisten Bürgerkriegstruppen organisiert, die unter dem Vorwand, ehemalige Helfer der Nazi zu suchen, das Gebiet zwischen Toulouse und Nizza terrorisierten, in Antibes und Nizza Tausende verhafteten und viele von ihnen ohne Verfahren erschossen. Französische militärische Stellen schätzen, dass etwa 50.000 Menschen willkürlich und sinnlos geopfert worden sind, vorwiegend Franzosen, aber auch Ausländer, unter ihnen die beiden genannten Frauen, deren Tod der Bürgermeister der kleinen Gemeinde Chateau par Cluny (Departement Saône et Loire) bestätigte; hier hatten die beiden Frauen acht bis neun Monate gewohnt.

Christa Winsloe war eine der aufrichtigsten und mutigsten Gegnerinnen des Naziregimes, allerdings keine Kommunistin. Nun hat gegen den ehemaligen Leiter des Maguis dieser Region, einen Viehhändler aus Cluny, und vier weitere Mitglieder der Widerstandsbewegung in Dijon, eine Gerichtsverhandlung wegen Mordes stattgefunden. Der Viehhändler Lambert war angeklagt, vier Untergebenen den Befehl erteilt zu haben, die zwei ihm verdächtig erscheinenden jungen Frauen zu erschliessen. Diesen Befehl führten die vier auch aus. In dem Bericht über die Verhandlung heisst es, es sei das Gericht gegangen, es handele sich um zwei "Spioninnen". Ob dies das wahre Motiv war, ist zweifelhaft. Jedenfalls wurde festgestellt, dass die Erschiessung ohne gründliche Untersuchung vor sich gegangen ist. Der Viehhändler machte vor dem Schwurgericht geltend, er habe mit der Exekution nur einen Befehl seines Vorgesetzten befolgt, der später in der Résistance gefallen sei. Darauf sprach das Gericht alle fünf Angeklagten frei.

Die Richter der deutschen Kriegsverbrecher hatten, wie bekannt, diesem Argument gegenüber eine andere Einstellung.